

Priebs, Axel

Article

Alte und neue Flächenbedarfe nach der Zeitenwende: Eine starke Raumordnung ist wichtiger denn je!

Raumentwicklung – ARL-Journal für Wissenschaft und Praxis

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Priebs, Axel (2024) : Alte und neue Flächenbedarfe nach der Zeitenwende: Eine starke Raumordnung ist wichtiger denn je!, Raumentwicklung – ARL-Journal für Wissenschaft und Praxis, ISSN 2943-5951, Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover, Vol. 54, Iss. 02/03, pp. 50-57,
<https://doi.org/10.60683/pm7p-p683>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/319930>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Axel Prieb

ALTE UND NEUE FLÄCHENBEDARFE NACH DER ZEITENWENDE

Eine starke Raumordnung ist wichtiger denn je!

Die Fläche steht unter Stress! Auch Menschen, die eigentlich nicht vorrangig in räumlichen Dimensionen denken und handeln, sehen inzwischen: Es wird eng! Und die eigentlich triviale Erkenntnis, dass die Fläche nicht vermehrbar ist, führt gelegentlich zu einem neuen Nachdenken über diese Ressource. Wie hoch und unterschiedlich die Ansprüche an die Fläche sind, möchte ich eingangs noch einmal plakativ aufzeigen. Dabei möchte ich auch auf neue Anforderungen eingehen, die sich nach der Zeitenwende im Kontext einer multiplen Krisenlage ergeben.

Anfangen möchte ich mit dem Bau bezahlbarer Wohnungen, die zumindest in allen städtischen Regionen dringend benötigt werden. Ich finde es richtig, dass unsere Bau- und Raumordnungsministerin *Klara Geywitz* auf das große Wohnraumpotenzial in kleinen und mittelgroßen Städten hinweist. Menschen, die dauerhaft die Möglichkeit haben, überwiegend im Homeoffice zu arbeiten und die (oder ihre Familien) eigentlich lieber in überschaubaren Strukturen leben möchten, werden dort interessante An-



© ARL/Axel Prieb

Wohnungsneubau auf dem Kronsberg in Hannover: In Kronsrode Mitte realisieren sechs Wohnungsbauunternehmen aus Hannover rund 1.300 Wohnungen und Reihenhäuser sowie Gewerbeflächen in einem neuen Stadtteil im Südosten der Landeshauptstadt

gebote finden. Aber dieser Ansatz wird trotzdem nicht dazu führen, dass wir den Geschosswohnungsbau einstellen können und keine neuen Bauflächen mehr in und am Rande der großen Städte brauchen.

Wenn wir die klima-, aber auch geopolitisch notwendige Energiewende schaffen wollen, brauchen die erneuerbaren Energien und die dafür benötigte technische Infrastruktur, nicht zuletzt die Leitungen, Fläche. Windenergie lässt sich meist gut mit Landwirtschaft vereinbaren. Schwieriger ist es mit dem Naturschutz, auch wenn es da durch die gesetzlichen Maßnahmen zur Beschleunigung des Windenergieausbaus viele rechtliche Erleichterungen, etwa die Öffnung der Landschaftsschutzgebiete, gibt. Hierzu haben wir Anfang dieses Jahres das Positionspapier aus der ARL 145 „Neue Planungsgrundlagen für erneuerbare Energien“ veröffentlicht. Ganz besonders bei der Freiflächen-Photovoltaik (PV) kommt es immer häufiger zu Flächenkonkurrenzen und anderen Herausforderungen, auf die schon vor zwei Jahren im Positionspapier aus der ARL 134 „Regionalplanung für einen raumverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ hingewiesen wurde. Das betrifft vor allem die Landwirtschaft, worauf ich gleich zurückkomme, aber auch andere Nutzungen, nach der Teilprivilegierung der Freiflächen-PV entlang der Hauptverkehrslinien, insbesondere die Verkehrs- und Leitungsinfrastrukturen. Deswegen halte ich es auch nicht für sinnvoll, diese Flächen bei den Bilanzen des „Flächenverbrauchs“ auszuklammern, wie es von einigen Ländern vorgeschlagen wurde. Eine differenzierte Bilanzierung ist sinnvoll, aber eine unterschiedliche Anrechnung „guter“ (wie bspw. Flächen für erneuerbare Energien) und „schlechter“ Flächenverbräuche (wie versiegelte Fläche für Siedlung und Verkehr) würde den Umfang der zu gestaltenden Herausforderungen verschleiern.

Auf die Flächen der Landwirtschaft schauen wir – aber auch die Landwirte selbst – heute mit anderen Augen als noch vor zehn Jahren. Während es früher als normal angesehen wurde, dass landwirtschaftliche Flächen am Rande von Siedlungen einmal zu Bauland werden, ergeben sich heute mehrere Konflikte bezüglich der Nutzung dieser Flächen. Erstens wollen die meisten landwirtschaftlichen Betriebe die Flächen heute für die Landwirtschaft sichern und sind seltener als früher verkaufsbereit, weswegen beispielsweise neue Logistikprojekte in verkehrsgünstigen Lagen häufig keine zu erwerbenden Flächen mehr finden, auch wenn der Standort planungsrechtlich schon abgesichert ist. Zweitens kaufen internationale Investorinnen/Investoren gezielt Flächen als Wertanlage auf und verderben so die Preise für landwirtschaftliche Flächen, wodurch sich insbesondere mittlere und kleinere landwirtschaftliche Betriebe keinen Zuerwerb mehr leisten können. Und drittens gibt es unterschiedliche Prioritäten bei denjenigen, die das Land besitzen, und bei denjenigen, die es pachten. Während die erstgenannte Gruppe die höhere Rendite gerade bei Photovoltaik sieht, ist die zweite Gruppe dringend darauf angewiesen, die Flächen bewirtschaften zu können, um konkurrenzfähig zu bleiben. Die Möglichkeiten, die sich aus der Kombination beider Nutzungen ergeben, wird ein gerade eingerichteter ARL-Arbeitskreis zum Thema Agri-PV untersuchen.

Und während uns in der Planung bis vor kurzem noch die Deindustrialisierung Deutschlands beschäftigt hat, haben wir es auf einmal mit neuer Nachfrage an Industrieflächen zu tun. Teils, um neuen klimafreundlichen Industrien Platz zu verschaffen, teils, um aus geopolitischen und strategischen Gründen unsere Abhängigkeit von anderen Staaten zu reduzieren und wichtige Produkte und Technologien wieder vor Ort zu produzieren. Wie wichtig diese



© ARL/Axel Prieb

Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf zuvor landwirtschaftlich genutzter Fläche



© iStock/Marina Lohrbach/ID1718847063

Weinanbau unter transparenten Photovoltaikmodulen

neuen Industrien auch für wirtschaftsstarke Regionen sind, wurde mir Ende letzten Jahres auf zwei Veranstaltungen in Baden-Württemberg deutlich, als klar war, dass der schwedische Batteriehersteller Northvolt nicht in den Süden kommt, sondern sich für Schleswig-Holstein entschieden hat. Für andere Zukunftsfabriken sind bekanntlich Entscheidungen für ostdeutsche Standorte gefallen. Diese jüngsten Entwicklungen scheinen jetzt Akteure in den klassischen süd- und westdeutschen Industrieregionen zu veranlassen, wieder auf eine Angebotsplanung für neue Industrieflächen zu setzen.

Erneuerbare Energien und neue Industrien brauchen Infrastruktur. Gleichzeitig wissen wir, dass die vorhandene technische Infrastruktur nicht nur erneuerungsbedürftig ist, sondern auch Entlastung braucht. Das gilt beispielsweise für das Schienennetz der Eisenbahn. Hier müssen wir dringend noch vorhandene Trassen stillgelegter Strecken sichern sowie neue Verbindungen einplanen. Zu diesem Thema hat ein Arbeitskreis der ARL in diesem Jahr das Positionspapier aus der ARL 146 „Die Reaktivierung von Schienenstrecken als Strategie der integrierten Raumentwicklung“ herausgegeben. Aber wir müssen bei der Infrastruktur nach der Zeitenwende auch weitere Überlegungen zur Resilienz und damit auch zur Redundanz sowie zur Bündelung von Infrastruktur anstellen.

Redundanz ist verstärkt erforderlich, damit bei Naturkatastrophen oder Anschlägen das Gesamtsystem funktionsfähig bleibt – hier muss aber eine gesellschaftliche

Vereinbarung erzielt werden, wie viel Redundanz wir uns leisten wollen und können. Hinterfragen müssen wir nach der Zeitenwende das mühsam etablierte, unter dem Aspekt der Flächeninanspruchnahme und der Zerschneidungseffekte sinnvolle Prinzip der Trassenbündelung. Das hat zwar viele Vorteile, erhöht aber auch die Vulnerabilität in Krisenlagen. Insbesondere wenn Verkehrs- und Leitungstrassen gebündelt geführt werden, können bestimmte Räume im Krisenfall schnell abgeschnitten werden. Zu dieser Frage besteht ein großer fachlicher und politischer Diskussionsbedarf, welche Prioritäten hier künftig zu setzen sind.

Nicht vergessen dürfen wir, dass da, wo viel gebaut wird, auch viele Rohstoffe gebraucht werden, die aus Gründen der Nachhaltigkeit möglichst verbrauchsnahe abgebaut werden sollten. Das heißt, dass die Sicherung der Abbaugelände für Rohstoffe auch künftig eine wichtige (und besonders unbequeme) Aufgabe der Raumordnung bleibt. Hier ist aber auch verstärkt zu prüfen, welche temporären Nutzungen mit der langfristigen Zugänglichkeit der Rohstoffe vereinbar sind.

Aber es geht eben nicht nur um Nutzungsansprüche, wir müssen auch Freiräume dauerhaft schützen. Diese grünen Infrastrukturen sind gerade in dicht bebauten Regionen von höchster Bedeutung. Wir alle wissen, dass Freiräume Multitalente sind und der Erholung, dem Artenschutz, der Biotopvernetzung, der stadtnahen Landwirtschaft und dem Klimaschutz dienen.



Stillgelegte Bahnstrecken gezielt nutzen: Trassen reaktivieren und wieder in das Schienennetz einbinden. Das Foto zeigt den Bahnhof in Sulingen.



Bürgerschaftliches Plakat mit der Forderung nach Trassenbündelung

Diese steigenden Ansprüche an die Fläche sind der Fachcommunity natürlich hinlänglich bekannt. Warum gehe ich hier noch einmal so ausführlich darauf ein? Weil aus diesen massiven und häufig konflikträchtigen Ansprüchen sowohl eine erheblich verstärkte Legitimation der Raumordnung folgt als auch eine deutlich erhöhte Herausforderung an die Planenden. In dieser Situation möchte ich betonen: Wenn es die Raumordnung, also die Landes- und Regionalplanung, nicht gäbe, müsste sie schnellstens erfunden werden! Denn Fläche ist die Kernkompetenz der Raumordnung und zwar aus einer integrativen, fachübergreifenden und überörtlichen Perspektive! Wenn es um die langfristige und verbindliche Sicherung von Rohstoffabbaugebieten, von wertvollen landwirtschaftlichen Flächen, von Trassen für Linien-Infrastrukturen, von Freiräumen und anderen wichtigen Ansprüchen an die Fläche geht, ist dies nur über die Raumordnung und das Raumordnungsrecht in verbindlichen Raumordnungsplänen möglich!

Nach dieser klaren Feststellung ist es aber auch angebracht, dass wir uns einigen unangenehmen Fragen stellen und diese auch ehrlich beantworten:

- > Wissen alle, die es wissen müssten, dass es die Raumordnung gibt und dass nur sie diese rechtlichen Möglichkeiten hat? Nicht nur als vorletztes Jahr wesentliche
- raumordnerische Regelungen ins Baugesetzbuch und nicht ins Raumordnungsgesetz geschrieben wurden, habe ich daran gezweifelt!
- > Wie gehen wir damit um, dass die Spielräume in der Abwägung und damit im Kern raumplanerischer Tätigkeit immer enger werden? Konkret: Wohin führt es, wenn Prozentwerte wie bei der Windenergie und beim Naturschutz gesetzlich festgeschrieben werden und gleichzeitig immer mehr Belange ein überragendes öffentliches Interesse für sich reklamieren?
- > Wie gehen wir als Planende damit um, dass nicht nur das 30-Hektar-Ziel politische Beschlusslage ist, sondern sich auf der politischen Agenda immer mehr das Netto-Null-Ziel nach vorne schiebt? Zu diesem Thema haben wir kürzlich das Positionspapier aus der ARL 149 „Perspektive Netto-Null Flächenverbrauch“ veröffentlicht. Hier stellt sich in unserem Kontext die Frage, wie wir auf eine verbindliche Umsetzung dieses Ziels in der Raumordnung vorbereitet sind. Können wir – unabhängig von dem sich dadurch noch einmal verstärkenden Konfliktpotenzial – eine konsequente Kontingentierung der Flächeninanspruchnahme administrieren? Das müssen wir schnell klären, denn es wäre fatal, wenn im Falle einer räumlich konkreten gesetzlichen Begrenzung der



Beispiel einer Freiraumgrenze: Die Bebauung des Kronsbergs im Südosten der Stadt Hannover ist klar zu den anschließenden Freiräumen abgegrenzt

Flächenneuanspruchnahme eine neue raumordnungsähnliche Instanz geschaffen würde, wie es seinerzeit bei der Einführung der Bundesfachplanung für Höchstspannungsleitungen der Fall war. Auch eine solche Kontingentierung müsste über das Raumordnungsrecht abgearbeitet werden, ansonsten würden wir mit der Raumordnung an den Rand des politischen Spielfeldes geschoben und ein solches Vorgehen würde den integrativen, fachübergreifenden und überörtlichen Anspruch konterkarieren.

- > Mit Blick auf unsere Rolle und die Sichtbarkeit der Raumordnung müssen wir uns aber auch selbstkritisch fragen, ob wir uns Politik, Medien und Öffentlichkeit gegenüber so präsentieren, dass diese wirklich wissen, was wir leisten. In der Kommunikation über unsere Aufgaben halte ich es sogar für wichtig, den kontinuierlich aus dem Sprachgebrauch verdrängten Begriff der „Raumordnung“ weiter zu verwenden, denn es gibt ohne Zweifel viel zu ordnen, nicht nur zu entwickeln.

All das sind Fragen und Aspekte, die ich hier nur anreißen kann. Aber zumindest auf die Notwendigkeit, dass wir uns und unsere Aufgaben, aber auch unsere gesellschaftliche Bedeutung besser darstellen müssen, möchte ich noch etwas näher eingehen. Wir müssen künftig häu-

figer und verständlicher erklären, was wir in der Raumordnung machen und warum das wichtig ist. Dabei können und sollten wir zeigen, bei welchen Problemen wir ein wichtiger Teil der Lösung sind und auch sein wollen.

Dazu müssen wir an unserer Kommunikation und unseren Begriffen arbeiten. Seit vielen Jahren verteidige ich das zentralörtliche System als unverzichtbaren Kernbestand unseres Instrumentenkastens. Gleichwohl würde ich den Begriff nicht mehr in politischen Diskussionen verwenden. Hier betone ich lieber mit Nachdruck die Bedeutung der kleinen und mittleren Städte, gerade wenn es um die Stabilisierung und Entwicklung der ländlichen Räume geht. Das trifft in der Regel auf breite Zustimmung, während „zentralörtliches System“ für viele doch sehr technisch und vor allem nach Zentralisierung klingt. Die Botschaft, dass zentrale Orte das wichtigste Instrument einer dezentralen Raumentwicklung sind, ist schwer zu vermitteln!

Natürlich müssen wir uns auch mit den Forderungen nach Entbürokratisierung und Beschleunigung auseinandersetzen. Da müssen wir an uns arbeiten, gar kein Zweifel. Aber wir müssen zugleich immer wieder deutlich machen, dass viele Themen zunehmend komplex und in ihren Auswirkungen auf die Fläche kontrovers sind und dass immer kürzere Beteiligungsfristen auch nicht die richtigen Signale an eine kritische und verunsicherte Bevölkerung senden – und nicht gerade akzeptanzsteigernd wirken.



© ARU/Axel Priebes

Überfluteter Bereich einer Sportanlage durch das Hochwasser im Dezember 2023 in Niedersachsen

Aber ich möchte diesen Ausblick nicht nur nutzen, um Selbstkritik zu üben und Skepsis zu verbreiten. Ich beobachte durchaus gesellschaftliche Entwicklungen, die uns ermutigen und der Raumordnung Rückenwind geben oder zumindest geben könnten:

- > Das Bewusstsein für die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und auch der Ressource Fläche scheint mir auch in Deutschland zu wachsen – in der Schweiz hat die kritische Haltung der Bevölkerung schon 2013 zu einem Volksentscheid geführt, in dem eine Revision des Raumplanungsgesetzes angenommen und in der Folge der Umfang der Bauzonen beschränkt wurde (s. hierzu auch den Beitrag von Ritzinger/Jerjen/Kießling et al. in diesem Heft).
- > Freiräume und grüne Infrastrukturen werden vor allem seit der Pandemie in der ihnen gebührenden Bedeutung wahrgenommen und geschätzt. Wir müssen aber stets kommunizieren, dass es nur die Raumordnung ist, die dafür sorgt, dass sie dauerhaft erhalten werden. So garantiert die Raumordnung, dass auch künftig Menschen die Möglichkeit behalten, zu Fuß oder mit dem Fahrrad wohnortnah in unverbaute Grünzüge zu kommen.
- > Das Fahrrad hat als Alltagsverkehrsmittel, ebenfalls seit der Pandemie, an Bedeutung gewonnen. E-Bikes ermöglichen zudem höhere Pendeldistanzen und Geschwindigkeiten. Deswegen sehe ich auch einen Bedarf, unsere Instrumente zur Ermittlung und Sicherung von Rad-schnellweg-Trassen einzusetzen, wie es der Regionalverband Ruhr in seinem neuen Regionalplan bereits in vorbildlicher Weise tut.
- > Die Landwirtschaft hatte ich schon angesprochen. Sie entzieht sich aufgrund ihrer planungsrechtlichen Privilegierung weitgehend dem raumordnerischen Zugriff. Umgekehrt habe ich aber in letzter Zeit häufiger die Diskussion geführt, ob wir nicht verstärkt mit Vorranggebieten für die Landwirtschaft arbeiten sollten, um diese Nutzung dauerhaft zu sichern, etwa vor dem Flächenbedarf für große Logistikzentren an den Autobahnkreuzen.
- > Viele Menschen verstehen nicht, warum in hochwassergefährdeten Bereichen immer noch gebaut werden darf. Auch wenn es fachlich und politisch schwierig ist: Wir müssen mit unseren Raumordnungsplänen noch stärker in den vorsorgenden Hochwasserschutz einsteigen – in der Öffentlichkeit bekämen wir angesichts der zahlreichen Katastrophen sicherlich überwiegend positives Feedback.

Dabei werden wir niemals „Everybody’s Darling“ sein, da die Raumordnung zwischen zu vielen und oft gegensätzlichen Interessen vermitteln muss. Aber ich bin überzeugt, dass unsere Arbeit mehr Respekt und politische Aufmerksamkeit verdient.

Dazu müssen wir nicht nur, wie angesprochen, unsere Kommunikation verbessern und intensivieren. Wir müssen die Rolle und Bedeutung der Raumordnung so kommunizieren, dass wir die Menschen dort abholen, wo sie stehen und an ihre Bedürfnisse und Erfahrungen anknüpfen. Ich habe vor vielen Jahren bei einem Vortrag in einer Industrie- und Handelskammer damit begonnen, offensiv Produkte und Ergebnisse der Raumordnung zu präsentieren. Das habe ich plakativ mit folgendem Katalog gemacht:

- > Wir schaffen Planungssicherheit für öffentliche Planungsträger/innen und für die Wirtschaft!
- > Wir geben Orientierung z. B. für die Standortwahl öffentlicher und privater Infrastruktur!
- > Wir sorgen für die Durchsetzung des Gemeinwohls gegenüber Partikularinteressen, wir repräsentieren damit den öffentlichen Gestaltungsanspruch!
- > Wir stehen für Qualitätssicherung, indem wir die Landschaft vor unkontrollierter Bebauung und vor Zersiedlung schützen!
- > Wir sichern langfristig Flächen, Standorte und Trassen und sichern damit Handlungs- und Gestaltungsoptionen für künftige Generationen!
- > Wir unterstützen die Abstimmung zwischen verschiedenen Interessen im Raum und moderieren in Konfliktsfällen!
- > Wir beraten Kommunen und informieren Politik und Öffentlichkeit über Entwicklungstendenzen in den Ländern und in ihren Regionen!

Nach der Zeitenwende müssen wir unseren Aufgabenkatalog um eine verstärkte Krisenvorsorge ergänzen. Ich empfinde die Zielsetzung „Schaffung einer resilienten Raumstruktur“ nicht als leeres Schlagwort, sondern es stellt für mich einen Kernauftrag an eine zeitgemäße Raumordnung dar. Viele unserer klassischen Instrumente gewährleisten bereits Vorsorge und Resilienz, ich denke vor allem an die dezentrale Konzentration im Siedlungssystem, an die Freiraumsicherung, an die Standortsicherung für erneuerbare Energien und anderes mehr. Aber wir müssen künftig weitere Aspekte verstärkt einbeziehen. Genannt hatte ich in diesem Kontext bereits die Redundanz wichtiger Infrastrukturen. Aber auch die zivile und militärische Verteidigung, die in unseren Plänen bislang eher ein ungeliebtes und meist nichtssagendes Pflichtkapitel war, verdient größere Aufmerksamkeit. Dass Planungen der militärischen und zivilen Verteidigungen durchaus mit konkreten Flächenansprüchen oder flächenwirksamen Restriktionen verbunden sind, wurde in den letzten Jahren sehr deutlich anhand der bundesweiten Schwierigkeiten bei der Berücksichtigung von Hubschrauber-Tiefflugstrecken und Ein-

richtungen der militärischen Flugsicherung in der Flächenplanung für die Windenergie. Damit ist auch die mit der Zeitenwende wieder deutlich relevanter gewordene Frage der Öffentlichkeit von bestimmten Planungen angesprochen. Bezüglich der Raumverträglichkeitsprüfung sind da ja schon gesetzliche Einschränkungen vorgenommen worden. In diesem Kontext dürfte künftig auch das meist ein Schattendasein führende Raumordnungskataster wieder eine wichtigere Rolle spielen. Umgekehrt ist es erforderlich, dass die Raumordnung in allen Bundesländern und vor allem auf der Ebene der Landesplanung in die Krisenvorsorge des Bundes und der Länder stärker eingebunden wird.

In einer Zeit, die durch eine multiple Krisenlage geprägt ist und in der die gesellschaftliche Polarisierung zunimmt, bestimmt die Sehnsucht der Menschen nach Orientierung die politische und gesellschaftliche Debatte. Zwar ist es eine zentrale Frage unserer Gesellschaft, wohin die Entwicklung gehen soll, doch ein Blick in die Zukunft ist heute schwieriger denn je. Trotzdem müssen wir den politisch Verantwortlichen Vorschläge und Konzepte für die künftige Entwicklung der Länder und Regionen und die nachhaltige Nutzung der begrenzten Fläche anbieten. Wir können uns dabei nicht auf die Lösung punktueller Nutzungskonflikte beschränken, sondern wir müssen Leitbilder für eine nachhaltige Planung und Gestaltung der künftigen Raumstruktur entwickeln. Weil es dafür natürlich nicht nur eine einzige Lösung gibt, halte ich eine intensive Diskussion über unterschiedliche Planungs- und Handlungsoptionen auf der Grundlage belastbarer Szenarien für wichtig. So können wir mögliche Perspektiven illustrieren und anschauliche Zukunftsbilder erzeugen. Diese Diskussionen sollten einmünden in realistische Zukunftskorridore, die gerade mit der neuen Generation von Landesentwicklungs- und Regionalplänen zu zeichnen sind. Dies gilt im übertragenen Sinne, aber natürlich ermöglicht die Digitalisierung auch ganz neue Visualisierungen von Raumentwicklung. Aber auch die Schnittstellen zu den Fachpolitiken und privaten Akteuren müssen wir in der Raumordnung aufzeigen, weil es weitgehend deren Aufgabe ist, in diesen Korridoren die erforderlichen Projekte und Maßnahmen zu konkretisieren und umzusetzen.

Unser gemeinsames Ziel muss sein, selbstbewusst die Kompetenz und die Leistungsfähigkeit der Raumordnung im Kontext der wachsenden Flächenansprüche und der daraus resultierenden Konflikte nach außen zu vermitteln. Wir müssen die Politik auf Ebene des Bundes, der Länder und der Regionen davon überzeugen, dass wir einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung alter und neuer Herausforderungen leisten und dazu beitragen können, politische Orientierung zu geben. Gerade nach der Zeitenwende und angesichts der immer stärkeren und immer widersprüchlicheren Anforderungen an den Flächenhaushalt müssen wir selbstbewusst darauf hinweisen, dass wir die Spezialisten für die Fläche und für die Lösung der damit verbundenen Konflikte sind. Das heißt aber auch: Die Raumordnung muss auf allen Ebenen stets präsent sein, Orientierung und Unterstützung anbieten und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten!

Grundlage des vorliegenden Textes war der einführende Vortrag „Wichtiger denn je: eine starke Landesplanung!“ von Axel Priebis auf dem Planerforum des ARL-Forums Mitte-Südwest zum Thema „Zeitenwende in der Raumordnung: Was bringen die neuen Landesentwicklungspläne?“ am 12. September 2024 in Frankfurt am Main. Die dort vor allem auf die Landesplanung bezogenen Aussagen wurden hier auf die gesamte Raumordnung ausgeweitet.



PROF. DR. AXEL PRIEBIS

ist Geograph und Regionalplaner. Er war Dezernent für Umwelt, Planung und Bauen der Region Hannover und ist aktuell Honorarprofessor an den Universitäten Hannover und Kiel sowie Präsident der ARL. Er forscht und arbeitet zu Fragen der Regional- und Landesplanung, zu den Funktionen von Klein- und Mittelstädten für die Stabilisierung ländlicher Räume, zum Zusammenhang zwischen Raumentwicklung und Schienenverkehr sowie zur stadtregionalen Planungs- und Verwaltungsorganisation. Er ist Mitglied des Landesplanungsrates Schleswig-Holstein.

Tel. +49 511 34842 0
priebs@geographie.uni-kiel.de